

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, 7. Februar 1929

9. Jahrgang * Nr. 32

Regierungstrife um Breußen-Konkordat

Zentrumsminister v. Guérard tritt zurück — „Erst Konkordat dann Große Koalition!“

Die SPD. zu jedem Verrat bereit

(Eig. Drahtm.) Berlin, 7. Februar.

Bei der gestrigen Kabinettsitzung haben die SPD-Minister vor allem die politischen und persönlichen Wünsche der zentralistischen und selbstständigen Koalitionspartner geäußert, folgender Bericht über das Ergebnis der Kabinettsitzung veröffentlicht:

1. Die Wortführer der politischen Parteien im Reichskabinett sind darüber einig, daß mit Rücksicht auf die bevorstehende Reichstagswahl die endgültige Reparationsregelung eine allseitig befriedigende Reichsregierung und eine geschlossene Parlamentsmehrheit notwendig ist.

2. Sie sind einig darüber, daß der Antrag des Zentrums auf drei Portefeuilles im Reichskabinett begründet ist. Die Zustimmung wurde erklärt, daß das Reichsjubiläum in diesem Zusammenhang mit einem Zentrumsabgeordneten (vorzugsweise Dr. Wolf) besetzt werden soll.

3. Das dritte Portefeuille (Ministerium für die besetzten Gebiete) soll mit einem Zentrumsabgeordneten besetzt werden, wenn die Umbildung des preußischen Kabinetts und die neue Reichsregierung in Preußen vollzogen ist. Die Ernennung soll unmittelbar nachher erfolgen.

4. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts und Ministerpräsident Dr. Brüning anerkennen, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei auf zwei Sitze im preußischen Kabinett berechtigt ist und daß diese Forderung zu berücksichtigen ist. Die Verhandlungen in Preußen über die Umbildung des Kabinetts sollen weitergeführt und beschleunigt werden.

5. Die Bereitwilligkeit des Zentrumsführers Kaas, auf die preußische Zentrumskoordination im Sinne einer Umbildung der Reichsregierung zu wirken, wird anerkannt und gerne angenommen.

Demnach ist die SPD, die vor allen politischen Forderungen der bürgerlichen Parteien von Brüning an kapituliert hat, nach den persönlichen Wünschen der Fraktionen wieder über den Verhandlungstisch aufgetreten. Das Zentrum hat das Zentrum in einer späteren Fraktionssitzung die Zustimmung unter der Formulierung abgelehnt:

„Eine Gleichzeitigkeit der Umbildung der Regierung im Reich und in Preußen lehnt die Zentrumskoordination des Reichstages im Augenblick aus zwingenden sachlichen Gründen ab.“

Darauf lehnte es Stresemann für die Volkspartei ab, auf die Erfüllung der Breußenforderung zu verzichten. Kurz danach hat der Reichsjustizminister von Guérard demissioniert und seinen Austritt aus dem Kabinett erklärt.

Die Entscheidung des Zentrums wurde diffamiert, weil sie keine Umbildung der Breußen-Regierung will, die nicht das Breußen-Konkordat voraussetzt.

Das Zentrum fordert, daß die sozialdemokratischen Minister in Folge der noch vorhandenen bürgerlich-liberalen Traditionen der Volkspartei dem Konkordat die Schwierigkeiten bereiten und das bestätigt der heutige „Berliner Börsen-Courier“, der schreibt:

„Das Zentrum will man, bevor die Volkspartei in Preußen die von ihr geforderten zwei Ministerien erhält, volle Klarheit

über die Konkordatsfrage haben. Man erklärt, daß man mit der Konkordatsfrage bei Verhandlung des Schulgesetzes im Reichstag keine guten Erfahrungen gemacht hat und darum besondere Sicherheiten brauche.“

Der „Vorwärts“ heulmeiert über den Austritt des Zentrums und bezeichnet ihn als verantwortungslose Handlungsweise. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionssitzung, die gestern stattfand, habe Einmütigkeit darüber bestanden, daß durch den Austritt des Zentrumsministers für das Kabinett keine Konsequenzen entstehen und daß der Reichsjustizminister und die übrigen Mitglieder des Kabinetts im Amt bleiben. Das behauptet nur, daß der Reichs- und Justizminister der Hermann-Müller-Regierung, ganz gleich, ob es wieder mit dem Zentrum zu einer Einigung kommen wird oder nicht, fortgesetzt werden soll. Die bürgerliche Presse unterteilt gleichfalls, daß alle Fälle die

Erwerbslose!

Entsendet zum Freitag, vormittag 10 Uhr, nach dem „Volkspari“ zu Halle aus allen Orten Delegierte zur

Berzirks-Erwerbslosen-Konferenz

Regierung nicht demissionieren und im Amt bleiben wird und begrüßt diese Tatsache mit Befall. Die Arbeiterschaft muß die schärfsten Kampfmaßnahmen zum Sturz der Müller-Regierung ergreifen.

Polizeiattaken auf Streifende

(Eig. Drahtm.) Jena, 7. Februar.

In Jena kam es gestern zu brutalen Polizeiatteken gegen die Streifenden. Tausende von Menschen, darunter alle Streifenden und Ausgeperrten, waren auf den Straßen. Drei Hebeschlammwagen der Polizei waren in Tätigkeit. 50 Verhaftungen wurden vorgenommen. Einige der Verhafteten wurden bis zur Verhaftungsfähigkeit geschlagen, darunter ein Mitglied der SPD. Eine Frau wurde, nachdem sie schon bemüht ist auf der Straße lag, noch verprügelt. Stundenlang mochten die Wachen auf den Straßen hin und her, ohne von den Polizeiatteken zu weichen.

Leipziger Straßenbahner gegen Schiedsgericht

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 7. Februar.

Gestern kümte das streikende Werkstättenpersonal der Straßenbahn über den Schiedsgerichtsbescheid ab. Von 1200 im Streik liegenden Arbeitern beteiligten sich 948 an der Abstimmung. 827 haben für Ablehnung und 121 für Annahme gestimmt. Der Schiedsbescheid ist somit von den Streikenden abgelehnt und es ist wahrscheinlich, daß sie auch den Kampf gegen eine eventuelle Bescheidserklärung aufnehmen werden.

Ausperrung in der Niederlausitz

(Eig. Drahtm.) Cottbus, 7. Februar.

Wir berichteten schon, daß am Montag in allen Betrieben der Niederlausitzer Webwarenindustrie familiäre Arbeit verboten wurde. Am 12. Februar soll die Ausperrung in Kraft treten. Auch die am Arbeitgeberverband nicht angeschlossenen Firmen haben die Kündigung ausgesprochen. Am

Friedensschimus und illegale Aufrüstung

(Eig. Meldung.) Berlin, 6. Februar.

Im Reichstag wurde heute die Ratifizierung des Kellogg-Paktes mit 282 gegen 127 Stimmen beschlossen. Die Kommunisten besetzten die Bänke, um den Kellogg-Pakt als ein passives Mittel zur Furchung der Arbeitermassen deutlich zu kennzeichnen.

Indessen der Volksparteiler von Rheinbaben mit dem Sozialdemokraten Breitscheid um die Rechte Friedensschimus droht, stellen kommunistische Abgeordnete eine Sachfrage an neuen Wahlen mit dem Titel des Bundes. Das Ratifizierung die Ausschreitungen illegale Aufrüstung, Doppelspieler, Modell 1928, Fabrikat Bohumer Eiswerk. Dieses Produkt der deutschen Geheimaufklärung war besiedelnder für den Kellogg-Pakt als die Reden von Rheinbaben und Breitscheid. Die Arbeitermassen sollten sich lebhaft vor den Reichswehrminister Groener, als dessen Furchung von den Kommunisten gefordert wurde. Genosse Stöcker, dem die Redezeit auf 20 Minuten beschränkt wurde, zeigte die wirtlichen Hintergründe des Kellogg-Paktes auf und kündigte die Mobilisierung der Arbeitermassen gegen die legalen und illegalen Aufrüstungsmaßnahmen an.

De Valera in Irland verhaftet

(Eig. Meldung.) London, 6. Februar.

Die Ulsterpartei hat den Führer der irischen Republikanischen Partei, De Valera, verhaftet. Das ist das dritte Mal, daß der Führer der irischen Republikanischen Partei von der Ulsterregierung verhaftet worden ist. Zuletzt wurde De Valera zu 1 Monat Gefängnis verurteilt und erhielt ein Verbot zum Betreten des Gebietes von Nord-Irland.

De Valera hat an der Spitze der irischen Republikanischen Partei einen jahrelangen Kampf gegen den englischen Imperialismus um die Selbständigkeit Irlands mit teilweise revolutionären Methoden geführt. Inzwischen vertritt De Valera von den beiden Richtungen in der irischen Republikanischen Partei die radikalere Richtung, weshalb er von der Ulsterregierung mit besonderem Eifer verfolgt wird. De Valera grenzte sich, da er völlig in bürgerliche Vorstellungen verfallen ist, von den revolutionären Kämpfen der irischen Kommunisten ab, die in Verbindung mit den breiten werktätigen Schichten Irlands den einzig erfolgreichen Weg zum Kampf gegen den englischen Imperialismus und zur Besserung der Lebenslage der werktätigen Massen gezeigt haben.

Englische Fabrikanten fahren nach Moskau

(Eig. Meldung.) London, 6. Februar.

Die englischen Fabrikanten haben beschlossen, eine Delegation von blicklichen Industriellen nach Moskau zu entsenden, um den Handel zwischen England und Rußland auszubauen. Die Delegation soll am 8. März nach Moskau abreisen.

Die schwierige Lage der britischen Industrie und die wachsende Arbeitslosenarmee zwingt die Industriellen, trotz der sich verheißenden Gegensätze zwischen England und Rußland selbst Handelsverträge mit dem ersten Arbeiter- und Bauernland der Welt zu schließen.

Generalstreit in Bombay

(Eig. Meldung.) Bombay, 6. Februar.

Der Generalstreit in Bombay wird von der gesamten Arbeiterschaft mit einer glänzenden Solidarität und großem Kampfesmut durchgeführt. Die Situation hat sich wesentlich verbessert, nachdem neben der Polizei Militärs in die Kampfzone eingedrungen sind. Bis jetzt wird berichtet, daß 22 Personen getötet und ca. 140 verletzt sind. Die Wachen greifen das Polizeipersonal an und werden es in Brand. Auch in Colombo haben die Hafen-, Dock- und Zerkersarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Polizei und Militär unter Führung der indisch-englischen Regierung erheben in den Kämpfen zwischen den Hindus und den Mahatmas in neutraler Weise. Das ist keineswegs der Fall. Die englische Bourgeoisie hat es in Indien bisher meistens verstanden, die religiösen Gegensätze zu verschärfen, um ihre eigenen politischen Interessen zu verfolgen. Demgegenüber kämpfen die indischen Kommunisten dafür, daß eine einheitliche Front gegen den englischen Imperialismus und die indische Bourgeoisie aufgestellt wird und in diesem Zweck die religiösen Gegensätze durch eine großartige

Berühmte Klassenkämpfe in England

(Eig. Meldung.) London, 6. Februar.

In der Grafschaft Monmouth nahmen heute 700 arbeitslose Bergarbeiter eine drohende Haltung gegen eine Anzahl von nichtorganisierten (?) Arbeitern an, die auf der Grube Mine Mithras beschäftigt wurden. Die Polizei mußte (?) zu einem mit einem Knüttel gegen die Menge vorgehen, die es gelang, sie zu zerstreuen. Mehrere Personen wurden leicht verletzt.

Diese bürgerliche Meldung, die offensichtlich die Tatsachen auf den Kopf stellt, zeigt immerhin, daß die Klassenkämpfe in England sich ständig zu verschärfen und der Staatsapparat immer brutaler gegen die werktätigen Massen vorgeht.

Bumke als Reichsgerichtspräsident

Seit längerer Zeit ist bekannt, daß an Stelle des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons der Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium, Bumke, treten soll. Das Reichsstatut hat am Dienstag beschlossen, Bumke in Würdigung zu bringen, die Ernennung wird in den nächsten Tagen ermahnt.

Bumke hat in der letzten Sitzung des Reichsausschusses bei der Behandlung des Straßengesetzes und der besonderen Paragrafen



Der neue Reichsgerichtspräsident Ministerialdirektor Bumke.

graben: Landfriedensbruch und Zusammenrottungen deutlich zu erkennen gegeben, daß er in ähnlicher Weise gegen des revolutionäre Proletariat als Verfechter der bürgerlichen Gesellschaftsordnung vorgehen wird. Auch die Ernennung widerlegt die Verschärfung der Gesetze, und die Bourgeoisie sieht an solchen Funktionen keine, die zur züchtigen Unterdrückung der Arbeiterklasse bereit sind.

Urbahns wartet sehnsüchtig auf Trocki

Während bisher der „Volkswille“, das Organ der Urbahns, Krihan & Co., im Zusammenhang mit der bevorstehenden Ausweisung Trocki nicht genug von der Ausweisung Trocki an die Reichsgerichte hören konnte, schreibt er jetzt in seiner Ausgabe vom 6. Februar 1929 folgendes:

„Wir betonen erneut: Das Interesse der proletarischen Revolution erfordert, daß Trocki unter dem Schutz des westeuropäischen Proletariats gestellt wird. Wir hoffen, Trocki bald in Deutschland begrüßen zu können.“

Damit kennzeichnet der „Volkswille“ die von ihm und seinen Lesern vertriebenen Nachrichten über Trocki als lebende Schandbeile und verlogene Kombinationen. Sie selbst wollen also, daß Trocki sich nach Westeuropa begibt. Sehnsüchtig warten sie darauf, ihn hier begrüßen zu können. Offenbar ist diese Schmeichelei des „Volkswille“ auf einen Mann Trocki selbst zurückzuführen, der ja bekanntlich seine Zuflucht nach Westeuropa gefunden haben soll. Man glaubt ferner über die Dreistigkeit, mit der der „Volkswille“ seine Standpunkte durch den Satz „Wir betonen erneut“ als einen alten Standpunkt hinstellen versucht. Urbahns muß seine paar Beier aber für bereitgestellt halten.

„Ausländer haben nichts dreinzureden“

Internationales aus der Panzerkreuzer-Partei

Auf dem Parteiparagrafen Chemnitz-Gründung der Sozialdemokratie hielt der Vorsitzende der Schweizer Sozialdemokratischen Partei, Ernst Reinhard, ein Plakat über das Thema: „Sozialdemokratie und Weltfriede“. In längeren Ausführungen legte er die Stellungnahme des internationalen Komitees der 2. Internationale zu den deutschen Beiträgen auseinander.

Nach dem Plakat Reinhard erhob sich über allgemeinen Bewunderung selbst der abgesehenen SPD-Bürokraten, die an diesem Parteitag teilnahmen, der Vertreter des Berliner Parteivorstandes, Ludwig, und erklärte: Es müsse ihn wundernehmen, daß nachgefragt werden sei, den Schweizer Reinhard in einer Sitzung des deutschen Parteivorstandes sprechen zu lassen. Der deutsche Parteivorstand habe keine Urteile, sich von ausländischen Genossen in so grundlegenden deutschen Fragen, wie der Parteitag, befragen zu lassen. Für Leute, die der deutschen Partei so fern stehen wie Reinhard, sei es schwierig, ein kompetentes Urteil abzugeben.

Die Chemnitzer „Volkswille“, die darüber berichtet, gibt die Ausführungen Ludwig nur sehr unvollständig wieder. Jedoch muß der Parteivorstandsbereiter gegen den „Ausländer“ Reinhard sehr aggressiv gesprochen haben, denn Reinhard verwandte sein ganzes Schlußwort dazu, um sich dem fürstürzenden Vorwurf entgegenzusetzen, daß er als Nichtdeutscher der deutschen Partei Lehren erteilen wolle.

So pflegt die „väterkefrenne“ deutsche Sozialdemokratie, die an Sonn- und Feiertagen aus einmal internationale Präsenzen in den Mund nimmt, den „internationalen Gedanken“. Kein Wunder: ein guter Vater darf nicht dulden, daß sich in das Haus seines Herrn ein Fremdling einschleift, und die deutsche Sozialdemokratie ist ein guter Vater der deutschen Bourgeoisie.

In Chemnitz hat sich ein Reichswehrunteroffizier vom dortigen Reichswehrbataillon in der Kaserne erhoben, um den niederträchtigen Schikanen der Offiziere zu erlösen.

Grzesiniß „republikanische“ Staatskunst

Die Landtagsdebatte über den Etat des preussischen Ministeriums des Innern wurde am Dienstag mit einer langen Rede Grzesiniß eingeleitet. Er glaubte, daß mit gemäßigter Heftigkeit gegen den Vorwurf des desnationalen Redners, Grafen v. Garter, vorzugehen zu müssen, der am Montag in seiner Rede behauptet hatte, die sozialdemokratischen Regierungskreise besäßen kein Nationalgefühl. Der sozialdemokratische Fraktionsehrer, Landtagsabgeordneter Grzesiniß, meinte, in außerparlamentarischen Fragen solle das deutsche Volk doch endlich zusammenschließen. (1)

In der Rede desentrums-Repäsentanten Dr. Feufel war kaum noch etwas von Bolschewismus und desnationalen Bürgerblutfreunde enthalten.

Genosse Schmetz unterzog die demokratisch-republikanische Staatskunst Grzesiniß einer scharfen Kritik, in dem er gegenüber den Vorbehalten, die sowohl Grzesiniß, als auch die übrigen Redner heute auf das „neue System“ angestimmt hatten, nachsah, daß heute noch genau so wie zu Wilhelm's Zeiten der alte Volksgesinnung in Preußen regiert. Grzesiniß billigt es voll und ganz, daß Kommunisten, die durch das Vertrauen der wertvollen Bevölkerung in amtliche Funktionen gewählt werden, niemals von den preussischen Ausschüssen der Bevölkerung ferngehalten werden. So ist z. B. unter Genosse Elmman, obwohl er dreimal zum Amtsstrohmann von Rieberg gewählt wurde, nicht befristet worden.

Ebenso niederträchtig sind die Methoden, die von sozialdemokratischen Verwaltungsbeamten bei der Ausweisung von Arbeitern ausländischer Staatsangehörigkeit angewendet werden. Der Schwiegersohn des ehemaligen Reichspräsidenten Ebert, der sozialdemokratische Landrat Tancide von Gels, brachte es fertig, einen Arbeiter, der in Deutschland geboren ist, rechtsradikal und Vater von vier Kindern ist, als „flüchtigen Ausländer“ auszuscheiden, nur weil er Mitglied des linken Frontkampfbundes ist.

Solche Fälle wie Genosse Schmetz in seiner Rede noch viele sind. Er kam dann zum in seiner Hinsicht zutreffenden Schluß, daß die alte Polizeistraf in preussischen Innenministerium überherrliche und der neue Staat seinen Vorfürsorge mehr wert ist, als der alte. (Schloffer Beifall bei d. Komm.)

Alle bürgerlichen Redner, die am Mittwoch zu Worte kamen, überließen sich vor Nationalismus.

Der tägliche sozialdemokratische Korruptionsplan

Der sozialdemokratische Korruptionsplan der Gemeinde- und Arbeiter-Verbände Kollod, Gallier, hat 345 Räter und Sozialisten. Gallier war ein wandernder Kommunistenführer.

Lohnsenkungsdiktat der rechtsrheinischen Textilindustrie

55 000 Arbeiter vor dem Kampf

Der Unternehmerverband der rechtsrheinischen Textilindustrie hat in den Betrieben Anschläge ausgehängt, in denen gesagt wird, daß ab 18. Februar die Löhne um 8,5 Prozent gekürzt werden. Die Textilbarone von Eberfeld-Barmen haben damit den angebotenen Schlag gegen die Textilarbeiter ausgehängt. Diejenigen Firmen, die wie Wernberg 14 Prozent Dividende, wie die Glanzstoff-Fabrik Eberfeld mindestens 8 Prozent Dividende öffentlich bekanntgeben (unabhängig von der verfallenen Profite), wollen den erbärmlich niedrig bezahlten Textilarbeitern die Löhne kürzen!

Es gibt jetzt für die 55 000 rechtsrheinischen Textilarbeiter nur eine Antwort: Aufnahme des Kampfes! Der Lohnabbau muß abgewehrt und die notwendige Lohnserhöhung erkämpft werden. Daß die Unternehmer so frech geworden sind, ist die Schuld der sozialdemokratischen Führer des Textilarbeiterverbandes, die trotz Ablehnung der Lohnsenkung, trotzdem, daß seit Dezember in der Wohnfrage ein tarifloser Zustand bestand, jede Kampfregung abzuwürgen suchten.

Jetzt werden die Reformisten wieder Unterwerfung predigen. Aber es muß mit diesen „Führern“ Schluss gemacht werden! Die Textilarbeiter müssen jetzt in allen Betrieben Kampfaktionen wählen und unter ihrer Führung den Kampf aufnehmen. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft wird in diesem bedeutungsvollen Kampf volle Solidarität leisten.

Neue Vorzüge der österreichischen Heimwehren

(Eig. Meld.) Wien, 6. Februar.

Die schicksalhaften Heimwehren versuchen mit allen Mitteln, die österreichische Arbeiterklasse zu terrorisieren. Sie werden darin heute unterstützt durch die Heftigkeit der sozialdemokratischen Führer, die die österreichischen Arbeiter von einem entschlossenen Kampfe gegen die Faschisten zurückhalten.

Erst vor wenigen Tagen strengten die Heimwehrienteile eine sozialdemokratische Versammlung in Wagnitz und verließen dabei 20 Arbeiter. Während die sozialdemokratischen Führer die Arbeiter zur „Ruhe und Barmherzigkeit“ mahnten, forderte die SPD, zu Wagnitzunabhängigen gegen den Terror der Faschisten auf.

Jetzt kündigen die schicksalhaften Heimwehren eine neue Kundgebung am 24. Februar in einem Wiener Vorort an, dem eine Demonstration durch die Straße folgen soll. Will dieser Anführung bröckeln die Arbeiterklasse, so kann man auf gegenüberlicher Seite glauben sollte, die geplante Versammlung der

Die Erwerbslosen über die SPD.

Wir erhalten folgende Resolution zur Veröffentlichung:

Die am 5. Februar im „Volkspark“ zu Halle versammelten Erwerbslosen nehmen mit Enttäuschung Kenntnis von der öffentlichen Äußerung der SPD in ihrem Winkelflächen gegenüber ihrem Ansehen, der von den Erwerbslosen in einer großen Besammlung gefordert wurde und das Vertrauen der Erwerbslosen schließt. Weiter weisen die Versammelten die Annahme zurück, daß die Ausschluß von den Parteimitgliedern der Erwerbslosen wöchentlich 10 Pfennig einhält. Die SPD, besetzt damit nur, die verantwortungsloses Verhalten gegenüber den Erwerbslosen zu verdecken. Die Erwerbslosen stehen nach wie vor hinter dem Ansehen und der SPD, welche in künftigen Landes- und Reichsparlamenten sich die Forderungen der Erwerbslosen zu eigen macht und überall aktiv an der Organisierung der Erwerbslosen arbeitet.

Die Erwerbslosen fordern die Arbeiter in den Betrieben auf, nur erst recht die vom Begriffsverständnis herausgegebenen Sammelstellen zur Finanzierung der Partei und Reichsfinanzierung der Erwerbslosen mit allen Mitteln zu unterstützen.

Seiemoehren durch Terrorakte verhindern zu können, so schon jetzt darauf hingewiesen, daß für die Heimwehren Angehörige Wiens (Freie Arbeitervereine) befehligt und daß starke Eingekerkerten der Grenze von Wien darüber nachdenken werden, daß die Wiener Kameraden eine Unruhe verbreiten.

Das österreichische Proletariat wird sich diesen Terror der Faschisten nicht länger gefallen lassen und auch nicht länger von den reformistischen Führern abhalten lassen, einen rücklosen Kampf gegen die schicksalhaften Faschisten zu führen. Es wird dem Kampfe der Kommunistischen Partei folgen, in gewaltigen Massenbewegungen verhindern, daß der Faschismus in der österreichischen Arbeiterbewegung einen Boden für seine verderbliche Tätigkeit im Interesse der kapitalistischen Klasse findet.

Die französischen Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien zusammen gegen die SPD.

Der Parteivorstand der französischen Sozialdemokratischen Partei hat zu den bevorstehenden Kommunalwahlen eine entsprechende Entscheidung angenommen, in der den einzelnen Organisationen empfohlen wird, im ersten Wahlgang allein vorzugehen und zweiten Wahlgang Bündnisse mit den „Nachbarpartei“ abzuschließen. Die Entscheidung ist jedoch aus dem „Nachbarpartei“ auf dem Boden des Programms des Gewerkschaftsbundes herab aber wie das in der Praxis auszuwirken wird, beleuchtet hat vorangegangene Diskussion im erweiterten Parteivorstand. Die Partei erklärte sich entschieden gegen ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien ab. Die Partei müsse vielmehr auf die Stimmen der bürgerlichen Demokraten abzielen. Es wurde jedoch eine Erklärung gegen den Bolschewismus.

Damit haben die französischen Sozialdemokraten offen ausgesprochen, daß sie bei den bevorstehenden Kommunalwahlen die gleiche Taktik einschlagen werden, wie die SPD, sie bei der Wahl der Büreaus in Berlin erst kürzlich wieder angenommen hat mit allen bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten gegen die SPD.

Der Verband verabschiedete am Mittwoch eine Resolution zum Gemeindegemeinschaft, wonach bis zum Vollauf der nächsten allgemeinen Kommunalwahlen in Preußen Bürgermeister usw. nur mit dem drittgrößten Mehrheit gewählt werden können.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages forderte Genosse Tancide bei den Beratungen des Verordnungs des Schaffung neuer Stellen für untere Beamte, wofür er die Einschränkung der Ausgaben für die hohen und höchsten Beamten forderte.

Ein kommunistischer Gesandenerwurf zum Schluß für Mittwoch wird heute in den Reichstagsausschüssen des Reichstages der Reichstagsratung der Kommunisten auf Fürsorgemaßnahmen, Aufhebung der Verteilungsprogrammen usw.

Für die Erwerbslosen verlangen die Kommunisten im Sozialpolitischen Ausschuss die Aufstellung eines sofort wirksamen Gesetzes zur den Stempelstellen.

Der Stachel in den Kammerer Luftfabriken soll beendet sein. Der schweizerische Ministerpräsident ist zurückgetreten. Seine Stelle übernahm der bisherige Minister für Nationalökonomie, der Agrarminister Platter, der Gesandte des Ministerpräsidenten.

Die Zeitungsverbote in Südtirol nehmen einen immer größeren Umfang an. Das Ministerium des Innern hat wieder ein Verbot erlassen.

Im schweizerischen Parlament warf ein Abgeordneter der Arbeiterpartei dem schweizerischen Minister Johann Korruption vor, er habe seine Reichseisen doppel und dreifach rekrutiert.

Die britische Befehlshaberarmee soll nach einer Anzahl des britischen Kriegsministers annähernd 6000 Mann fort sein.



Mitglieder der S.P.D., welche Beamte Angestellte oder Abgeordnete sind, sollen den Teil ihres Einkommens, der nach Abzug von Aufwendungen, Abschreibungen und Kinderzulagen monatlich 1000.-Mark überschreitet, an die Parteikasse abführen!
Beschluss des Berl. S.P.D.-Bezirks-Parteitag

Ein peinlicher Beschluß der SPD-Arbeiter

Der den einmütigen Widerstand der rechten und der „linken“ SPD-Genossen fand. — Im Wagdeburg werden die Pen, Klinker und Stempel diesem Beschluß ein „ehrenvolles“ Begründung befragen —

Zutritt für die Kommission

Der Hauptmitarbeiter des Parteivorstandes der SPD, am Wahlprogramm-Entwurf der SPD, ist der bis vor kurzem noch wählbare Major Wangt — Major Wangt zur Programm-Kommission (jetzt nicht mehr) in Berlin. Dieser militärischer Grundbesitz, Colonel Stämpfer reitend, Colonel Lewi in Hittung! Küht Cugh!



Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Gastone Sozzi,

ein Märtyrer des antifaschistischen Kampfes

Am 7. Februar führt sich der Tag, an dem Gastone Sozzi im Gefängnis zu Perugia nach wochenlangen Folterungen von den faschistischen Schergen ermordet wurde. Als vor einem Jahre dieses schrecklichen Verbrechens bekannt wurde, bewunderte ich aller menschlichen Empfindungen ein Gefühl des Staunens und dieser Schrecken und ein Entzücken der Empörung und Bewunderung durch die breite Weltöffentlichkeit. Der Märtyrer Gastone Sozzi erfüllte, mit welchen herbarischen Blüten die herrschende Klasse in Italien versucht, ihr Terror-

werden, wenn sie sich darauf beschränkte, ihn als Helden zu ehren, und nicht gleichzeitig ihre Unterdrückungen verzeihen würde, um das schmachvolle Regime, als dessen Opfer Gastone Sozzi fiel, katastrophal und unablässig zu bekämpfen und den Kampfesführer des Märtyrers ihren solidarischen Beistand zu leisten. Das tragische Ende Sozzis ist kein vereinzelter Fall. Wir könnten zahlreiche Namen von Antifaschisten nennen, die in den faschistischen Kerkern an den Folgen der Misshandlungen und Martern zugrunde gegangen sind oder hoffnungslos dahinsiechen. Ueber jeden aufrichten Gegner der Mussolini-Ferrschaft, der in

die Hände der faschistischen „Justiz“ fällt, schwebt die Drohung, auf irgend eine Weise beseitigt zu werden.

Das internationale Proletariat muß diese Gefahr in ihrem ganzen Ausmaß erkennen, 6000 hoffnungslos Gefangenen in Italien ein Kerkerregime, das die düstersten Zeiten der Inquisition wiedererleben läßt.

Im Namen Gastone Sozzis müssen sich die Weltbürger und fortschrittlich Gesinnten aller Länder zum Kampfe gegen den Faschismus zusammenschließen und ihren Kampf zu einem Weltkampf gegen das blutbesetzte Terrorregime Mussolinis anwandeln lassen.

„Das Dokument von Schanghai“

Vom Volksfilmverband, Ortsgruppe Halle, wird uns geschrieben:

Dieser erste, selbstgefilmte Film des Volksfilmverbandes ist ein monumentales Festgedächtnis. Ein Schicksal, das bisher nicht das gewöhnliche Grosportret. Kein Filmstar, keine Kulisse, keine Spezialeffekte, sondern das wirkliche Leben, die revolutionären Kämpfe in Schanghai werden als lebendige Dokumente der Zeit im Film geschildert. Dieser Film ist nicht nur ein wertvolles Dokument an die Arbeiter und die sozialdemokratische, die Volksfilmverbände, sondern auch eine „kommunistische Geheimorganisation“ benutzte, muß die einseitige Größe dieses Filmes relativ anerkennen. Es ist eine neue zureichende Filmgestaltung des Chronik- und Dokumentarfilms, der ohne eine Spielhandlung die wesentlichen Ereignisse und Personen, die Ereignisse der Arbeiterbewegung, die Arbeiter und die sozialdemokratische, die Volksfilmverbände, so unternimmt nun ein Filmregisseur, die chinesische Revolution in ihrem tatsächlichen Verlauf im Film festzuhalten.

Zwischen der Chinesenstadt und den Vierteln der Herren aber sind Verhältnisse aus Schandhaftigkeit entstanden. Denn der Chinesen hat es gemocht, sich zu erheben und seine Freiheit zu fordern. Da wurde gegen den unterdrückten Chinesen der unterdrückte Amerikaner geschickt, der mit Wohlmeinungsworten die Interessen des dort unterdrückten Kapitals zu verteidigen hatte und die Straßen „läubend“ mußte.

Es ist den Imperialisten aller Schattierungen genügt, den Sieg der Revolution hinauszuschieben. Wohl steht der chinesische Arbeiter heute wieder an der Maschine. Aber über die Hebel hinweg geht sein Blick in eine Zeit, da er frei sein wird, da keine Panzerkreuzer mehr seine Städte bedrohen, da er den europäisch-amerikanischen Militarismus und die Macht des Kapitals hinweggefegt haben wird.

Schlicht und sachlich erzählt der Film dieses unangenehm genährte Geschehen in Bildern. Hier gibt es keine Ullge, weil die Wirklichkeit nicht Ullge ist; gegen diesen Film und seine Texten gibt es kein gültiges Argument, weil es gegen die Wirklichkeit keine Argumente gibt.

Dieser Film, der wie „Panzerkreuzer Potemkin“ ein Filmereignis ohne Gleichen und einzig dastehend in seiner Art ist, gelangt am Freitag, dem 8. und Sonnabend, dem 9. Februar zur Uraufführung für Halle im Thaliaaal. Trotz der gewaltigen Anstöße sind die Eintrittspreise für alle Plätze niedrig. Vorkauf: 70 Pf. (in den bekannten Städten), Abend: 50 Pf. Erwerbslose zahlen für die Nachmittagsvorstellungen 40 Pf. gleichzeitig können sie für denselben Eintrittspreis ihre Frau mitbringen. Organisationen (auch Jugend) können sich wegen Breitermittlung an die Geschäftsstelle des Volksfilmverbandes, Weidenplan 23, 3 Treppen, wenden.

Jeder muß diesen Film gesehen haben!



...aufrechtserhalten; er siehet uns auch eines der größten ...des Stolzes und der Unbegreiflichkeit des proletarischen ...Revolutionärs, der gegen den Faschismus und Kapitalismus kämpft, ...die alle Arten aller Verfolgungen und Gefahren die Italien des Volkes ...kann, um den Sturz der verhassten Diktatur vorzubereiten. ...Gastone Sozzi hat sein ganzes, leider allzu kurzes Leben - als ...Kämpfer war er im Jahre 1911 - der Sache des Proletariats ...Kampfes gewidmet. Er kam aus einer Sozialistenfamilie und ...wurde in der Romagna geboren, die auch die enge Heimat Mussolinis ...war. Sozzi war zur Zeit, als er sich noch als Revolutionär ...ausgab, ein Vertrauter der Familie Sozzi. Ueber den kleinen ...Menschen, der schon als Knabe durch seine lebhaften Spielereien und ...seiner Charaktereigenschaft, hatte eines Tages der künftige ...Führer der Schmarotzenden zum Vater Sozzi: ...Der Junge wird einmal ein tüchtiger revolutionärer Kämpfer ...werden.

Zigeuner erhalten keine Unterkunft

Eine hundertköpfige Zigeunermenge, die mit einer Truppe von 20 Mann in ganz Kurland an den Dörfern die Bären zur Schau ...brachten, wurde durch die anfallende Kälte, die für ein ...Lebensnahrung in den Scheunen unmöglich machte, gezwungen ...werden, in einer Waldwirtschaft am Eingang des Gumbach ...Unterlucht zu suchen.

Im Anschluß daran werden Arbeiter befragt werden, die im Hause ...und auf der Straße zu der kritischen Zeit mit Reparaturen be ...schäftigt waren.

Im Winteronhäuptling Dänisch entkommen?

Der Lehngebräuer Karl Dänisch von der Insel Rönneboer ...bei Dänemark, der 24000 Mark Lehngebräu hatte, ist angeblich ...in Schweden entkommen. Bei einer Schmelze des ...Dänisch, die in Boiss bei Saarbrücken montiert, wurden im Keller ...26000 Mark aufgefunden, und nach einigem Zögern gelang es ...ein, daß ihr Bruder bei ihr gewesen sei und das Geld zurückgelassen ...habe. Sie konnte als acht weitere Personen, denen nachgewiesen ...werden konnte, dem Einbrecher auf seiner Flucht behilflich gewesen ...zu sein, worden verhaftet. Dänisch selbst hat sich nach Aremburg ...gewandt, wo ein Holländer verhaftet werden konnte, der ihm ...ebenfalls behilflich gewesen war, und bei dem weitere 20000 Mark ...aufgefunden wurden.

Der Wirt verweigerte den Eintritt in seine Kneipe

Was deren Mut aus äußerer reizte. Sie begannen daher das ...Wirtshaus, worin der Wirt und seine Familie sich verbarrikadiert ...hatten, zu plündern. Während die Bewohner aus den Türen des ...ersten Stockes flohen, drangen die Zigeuner in das Haus ein, so ...wie die Insassen gefangen nahmen und gefesselt in einen Keller ...steckten. Die völlig ausgehungerten lebenden Bären wurden zum ...Schutz vor der Gendarmerei vor den Türen des Gasthauses ange ...bunden. Darauf wurde aus Würzburg das Leberstoffkommando der ...Schno alarmiert, und nach hartem Kampfe liege dann die „Drö ...nung“. Die Zigeuner wurden in Ketten gefesselt abtransportiert.

Freiwillig mit vier Insassen entronnen!

Bei dem schleswig-holsteinischen Dorf Bennede ist ein Ballon, ...der mit vier Personen bemannt war, entronnen. Landleute fanden ...die Insassen fluchtverräumt und schwer verletzt in Baumästen ...hängend an. Die Gondel des Ballons war völlig zertrümmert ...haben. Sie konnten als acht weitere Personen, denen nachgewiesen ...werden konnte, dem Einbrecher auf seiner Flucht behilflich gewesen ...zu sein, worden verhaftet. Dänisch selbst hat sich nach Aremburg ...gewandt, wo ein Holländer verhaftet werden konnte, der ihm ...ebenfalls behilflich gewesen war, und bei dem weitere 20000 Mark ...aufgefunden wurden.

10 Zigeuner ertrinken

In Reigersdorf bei Mehrlich-Schönberg wurde eine aus ...zehn Personen bestehende Zigeunerkolonie ertrinken aufgefunden. ...Sie hatten unter freiem Himmel Zelte aufgeschlagen und ...vor diesen Feuer angezündet. Die Zigeuner trafen, während dem ...Feuer noch brannte, ein, als es aber verlösche, ertranken sie sämt ...lich.

Wegen Unterschlagung von 40 000 bis 50 000 Mark

Wegen Unterschlagung von 40 000 bis 50 000 Mark ...wurde in Berlin der 24jährige Brauereiarbeiter einer Agentur der ...Feuerversicherungs-Gesellschaft „Aegidius“ verhaftet.

Zwischenfälle beim „Immerreux“-Prozess

Im letzten Verhandlungstage wird der Zeuge Chauffeur ...Herrmann in Erinnerung, der gesehen hat, wie ein Mann in der ...Hofgasse stand, von der Straßengasse gerufen und schwer ...verwundet wurde. Er erkennt jedoch keinen der Angeklagten wieder. ...Auch der Straßengänger Köllner, welcher auf der ...betreffenden Straßengasse stand, kann keine einzigen Angeklagten ...wiedererkennen. Die Verhandlung ergibt die einwandfreie Fest ...stellung, ...daß die Polizei die notwendigen Maßnahmen zur Klärung ...der Schläge vollständig unterlassen hat, ...so daß die Angeklagten allseits als Inhaftensengel dastehen. Die ...Rechtsanwälte nutzen die Situation gegen die Polizei aus und ...stellen Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten Höhne, dem ...zum Schluß der Verhandlung auch Kottenschen wird. ...Im einem Zwischenfall kommt es noch, als die Rechtsanwälte ...dem Zimmermann Wenig bemerkten, er habe, als einmal die ...Rede auf das „Deutschlandlied“ kam, „Für Deibel“ gesagt. ...Die omnide Dame, welche ausgelacht hat, daß die „Immerreux“- ...Zeuge Zeugen in 150 Mark feinen und die vom Gericht bisher in ...Hintergrund gehalten wurde, erscheint. Ihre Aussagen werden ...jedoch überlegt, und die mit der Polizei in Verbindung stehende ...Dame wird als unzulänglich hingestellt. ...Rechtsanwalt Frey stellt den Antrag, neben einer Reihe von ...Zeugen auch den Berliner Polizeipräsidenten Jürgel zu ...vernehmen.

Siegfried Ohs gestorben

Der Direktor des Philharmonischen Chors Berlin, Professor ...Siegfried Ohs, ist im Alter von 71 Jahren gestorben.

Paris ohne Licht

In einem Elektrizitätswerk, das Paris mit Licht versorgt, brach, ...vermutlich durch Kurzschluß, ein Kabelbrand aus, der über bald ...bemerkte wurde. Ein großer Teil der Stadt ist in Dunkelheit ge ...fällt.

Warenhausbrand in einem Pariser Vorort

In einem großen Warenhaus des Vorortes Aubervilliers brach ...aus nach nicht festgestellter Ursache ein Brand aus. Trotz des ...sofortigen Eingreifens der Feuerwehr konnte das Gebäude nicht ...gerettet werden. Es stürzte in sich zusammen, mehrere Personen ...wurden verletzt.

Ein Großfeuer in Mexhalla (Aegypten)

gestörte 240 Eingeborenenwohnungen. Drei Personen wurden ge ...tötet. Der Schaden wird auf 50 000 Pfund Sterling geschätzt.

Der Sturm und die Schneefälle in Konstantinopel

haben aufgehört. Ein Städtelied liegt unter den Schneemassen be ...graben. Seit 70 Jahren hat hier niemals ein derartiges Un ...wetter geherrscht.

In Winterpen

erlief ein 53 Jahre alter Mann in Unwissenheit seiner Frau seine ...Söhne im Alter von 8 und 25 Jahren und seine 20jährige Tochter. ...Als bekannt ist, daß er als 10 Jahre alt geboren wurde, ist die ...Lebensdauer der Frau und der Väter an, daß die Kinder nicht die ...Lebensdauer wären.

Die Arbeit der Kriminalpolizei zur Ermittlung der Täter ...führer aus der Kreisführung war Tag und Nacht fortgesetzt, ohne ...daß sie ein Ergebnis gezeitigt hätte. Gestern wurde der Führer ...des Hauses vernommen und auf Grund seiner Aussage mit seiner ...Frau aus dem Polizeipräsidium festgehalten. Die Verdachts ...momente gegen die Ehefrau sind heute in der Untersuchung ...Der Führer wird daher voraussichtlich wieder entlassen werden.

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Dr. Gerete und die SPD.

Herr Krüger, Peters u. a. wollen Gerete auf dem Landgemeinderat in Halle nicht sehen. Sie fragen an, ob die Kommunisten sich ihnen anschließen wollen. Warum wird doch dem Landgemeinderat ab, wo Gerete erschienen will.

Obigen genannten Herren wollen wir jedoch etwas aus der Vergangenheit vorhalten. Als Gerete durch die bekannte Gelbliste, wegen der Forderung nach Sommerverleih werden sollte, war es doch gerade der Sozialdemokrat Dümmer, der Berater von Herrn Herr während der Zeit der Weimarer, der gemeinsam mit Landbüdler nach Berlin zu Seering fuhr, um für Gerete um „Gut Wetter“ zu betteln. Für sozialdemokratischen Herren denkt wohl, wir haben diesen Schwindler benehmen? Wer war es denn, der den Reichswehrtruppen und Gerete, die halbenbemittelten Arbeiter verriet?

Wurde Gerete denn nicht von den SPD-Deputierten Dümmer, Becker und Gensche in Schutz genommen, als er selbstenommen werden sollte?

Wir wissen aus Erfahrung, was wir von Euch Herren zu halten haben. Und noch eins, was sind das für Leute, die den von den Gemeinden geforderten Delegierten erkräften wollen? Wichtig, der neben seiner Tätigkeit als Oberpräsident noch alte Priesterfittel aufweist, im Interesse der „Kultur“. Grüßner, dem

Erinnerungsbilder:

Lenin - Diebstahl - Euzenburg

Zu beziehen zum Preise von 30 Pf. bei allen Ortsgruppenleitern der SPD, oder direkt durch die

Bezirksleitung, Abteilung Leitprop,
Salle, Verkaufserlöse 14.

es gleichgültig ist, ob die Erwerbslosen etwas zu essen haben, oder nicht. Schließen, der neben seiner Ministerämtern, zur Verlängerung seines Lebens und zur Erhöhung seiner Einkünfte, noch zum Präsident der Reichsanstalt für Erziehung der Arbeiter ernannt wurde. Unklar, der im Verein mit Weill und anderen dies ehrenwürdige Ausnahmestück für Saisonarbeiter ausstellte. Zuletzt hat Gerete an dem baltischen Jäger verlor, wie obige Größen, nämlich die Entlohnung der oberen Dienstjahre und Beförderung der Weimarer. Einer gleich dem anderen.

Einer ist es gefährlich wie der andere für die Arbeiterklasse. Also, Herr Krüger und Peters, müht nicht etwa die Rechte wächter, Ihr erkennt. Wir Kommunisten brauchen Eure Besetzungen nicht.

Die Gilenburger Erwerbslosen helfen Fortkommen

Eine Erwerbslosenversammlung fand hier am 3. Februar statt. Der Kollege Kaufmann gab einen Bericht über die Verhandlungen mit dem Magistrat und dem hiesigen Arbeitssamt. Eine rege Debatte folgte darauf.

Die Erwerbslosen erklärten, daß ihre Forderungen unbedingt erfüllt werden müßten. Der SPD-Mann Lenker erklärte, daß die Gewerkschaften den Arbeitlosen zu ihrem Rechte verhelfen könnten. Diese Ausführungen wurden mit großer Entrüstung aufgenommen. Jeder Erwerbslose weiß, daß es gerade die sozialdemokratischen Gewerkschaftsvertreter waren, die als Reichsstaatsbeamteten fungieren, die das Erwerbslosenschicksal ankommen lassen. Der Kollege Stöfel stellte in kurzen Worten die Lage der Arbeitlosen und das Verhalten der SPD-Politikpräsidenten gegen dieselben. Sehr viele Fälle im Reich beweisen, daß die Erwerbslosen Demonstrationen über die Polizei auszubehaupten wurden. Darauf gab Kollege Kaufmann bekannt, daß eine Bezirks-Erwerbslosenkonzferenz und nach ihr ein Reichs-Erwerbslosentag stattfinden. Aus Grund der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Arbeitlosen müßten sich dieselben im Besitze von Reichsstaatsbeamten, die ihre Forderungen durchzusetzen. Da sich kein Widerspruch gegen diese Forderungen erhob, wurden als Delegierte zur Bezirkskonferenz in Halle die Kollegen Kaufmann und Peter gewählt.

Im Punkt Verschiedenes wurden Entwürfe gestellt, die an die

Stadtverordnetenversammlungen weitergeleitet werden sollen. Dieselben enthalten folgende Forderungen:

1. An die Kinder der Erwerbslosen bis zum Alter von 6 Jahren ist pro Kopf ein Liter Milch, bis zum Alter von 6 Jahren ein halbes Liter Milch pro Tag zu verabreichen. Kranke Kinder sind besonders zu berücksichtigen.
2. Den Erwerbslosen ist pro Kopf und Woche ein halbes Pfund Fett und ein Brot zu bewilligen.
3. Die Erwerbslosen fordern pro Woche einen Zentner Breiflets.
4. Es ist sofort ein Raum als Wärmehalle und Speiseraum zur Verfügung zu stellen. Die Anzeigenscheine sind auszulagern.
5. Den Erwerbslosen ist ein Mietzuschuß zu gewähren. Die Mieten in den künftigen Gebäuden sind niederzuschlagen. In die verfallenen Erwerbslosen sind Zinsmieten auszugeben.
6. Den Unselbständigen und Saisonarbeitern ist eine einmalige Beihilfe zu gewähren. Die Entlohnung von Winterleistung. Die Beihilfe ist durch Hinzugiehung des Erwerbslosenausmaßes zu prüfen.

Nach Befragung dieser Anträge wurden noch einige Beschlüsse beantragt. Ein Vertreter des Magistrats, der vom Erwerbslosenausmaß eingeladen war, erschien nicht. Die Verammlung wurde durch einen Magistratsbeamten in Kenntnis gesetzt, daß der Magistrat seinen Vertreter entsende, weil er der Ansicht ist, daß die Gewerkschaften die Arbeitlosen vertreten. Dieses Schicksal ist ein Beweis dafür, daß die Bürgerlichen nicht gewillt sind, die Not der Erwerbslosen zu mildern. In dieser Versammlung waren ca. 400 Erwerbslose vertreten.

Gilenburg. Große Erwerbslosigkeit. Die Erwerbslosenziffer beträgt jetzt 1528. Unter die Sonderunterstützung fallen 320 Erwerbslose. Rekrutenunterstützung erhalten 33 Arbeitlosen. Fiktive bestehen angeblich 800 Erwerbslose. Dieser Bericht kommt aus den „Gilenburger Neuesten Nachrichten“. Er stimmt teilsfalls, da die Ausgewerteten nicht mit aufgeführt sind. Es verfehlt die bürgerliche Presse, die Verhältnisse nicht mit der Innahme solcher Nachrichten zurechtzufinden. Die Arbeiterklasse hat die Pflicht, die bürgerliche Presse aus dem Hause zu werfen. Erst den „Klassenkampf“.

Gilenburg. Brand in der deutschen Zellulosefabrik. Am Montagabend um 3 Uhr ereignete sich Feuer. Ein Trockenkranz in dem Baumwolle getrocknet wird, war in Brand geraten. Vorher Materialschaden ist niemand verletzt worden.

Schlöben. Erwerbsloseneleid. Beim hiesigen Medizinalamt, welches dem Arbeitsamt Torgau unterstellt ist, herrschen unbeschreibliche Zustände. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt 400. Für die Erwerbslosen deckt die schon über drei Wochen Kassen leer haben. Es sind die Arbeiter der „berühmten“ Firma Kriehoff & Wolf, Mühlhahn. Es wurde von den betreffenden Kollegen angewendet, als der Betriebsleiter Wolf differenz in dem hiesigen Bohreramt um 25 Prozent herabsetzte, für das Geld zu arbeiten. Die Kollegen lehnten mit Recht, auf Hinweis des bestehenden Tarifes, diese Zumutungen ab. Es erfolgte nun die Entlohnung. Grund für Arbeitslosigkeit ist. Nun sollen die Kollegen zur Straße, da sie sich diesen Lohnzahlung nicht gefallen lassen, vier Wochen auf Unterstützung warten. Das ist unerträglich! Wie lange werden dies die Kollegen noch gefallen lassen? Kollegen, seid Ihr dem Unternehmer nicht passiv, lo passiv! Ihr den Frauen der Kollegen, die somit dem Hunger, Kälte, auf zur Demonstration am nächsten Samstag. Der mit der uns zukünftigen Unterfertigung!

Dommitzsch. Mit dem Motorrad in die Elbe. In das Geis der Elbe drach am Montagmorgen ein Händler aus Jöben ein. Auch der Warnungen des Fährmeisters liess er nicht von seinem Motorrad ab, sondern verlor sich in den Fluten der Elbe zu ereignen. Hier hatte das Geis jedoch noch nicht die nötige Stärke erreicht, lo daß vorläufiger Breiter angeht worden waren. Das Motorrad blieb kurz vor dem Ertrinken des Users ein, während der Fahrer noch schnell abspringen konnte. Es bedauert er gleicher Weise, um das verlustene Motorrad, den süßen Friseur zu geben.

Briefkasten

Gehlen. Bei nochmaliger Überprüfung des Artikels über den Geschäftsmann G. muß Veröffentlichung abgelehnt werden, da Irrtümer fehlen.

An die erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen Mitteldeutschlands!

An die Erwerbslosenausschüsse!

An die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben!

Ungeheuerlich steigt die Not der Erwerbslosen.

In diesen Wochen scheiden Hunderttausende Saisonarbeiter aus der Erwerbslosenerziehung aus.

Die Zahl der von der Krisenfürsorge nicht Unterfertigten beträgt ungefähr 700 000.

Die Zahl der Ausgewerteten nimmt wachsend zu. Die auf Grund der Erwerbslosenerziehung und Krisenfürsorge gezahlten Unterfertigungen reichen nicht aus, um das nackte Leben zu sichern, und dabei ist damit zu rechnen, daß selbst nach Beendigung der Wintererwerbslosigkeit auf Grund der Konjunkturschwankungen 1/2 bis 2 Millionen dauernd erwerbslos bleiben.

Kollegen und Kolleginnen! Wir müssen einen konsequenten Kampf führen. Wir müssen Maßnahmen beraten und treffen, wie wir gemeinsam

die Arbeiter der Betriebe und die Erwerbslosen zum Kampfe führen für

1. Sofortige Zuzugnahme des Baues des Stützpunktes von Mitteldeutschland, sowie eines großzügigen Bauprogramms von Wohnungen.
2. Erhöhung der Unterfertigung auf zwei Drittel des verdienten Lohnes für alle Erwerbslosen, bis sie vom Arbeitsamt Arbeit erhalten haben.
3. Sofortige Befreiung der Verordnung vom 28. Oktober 1927, wonach Saisonarbeiter in ihrer viermonatlichen Erwerbslosigkeit nur noch 6 Wochen Unterfertigung erhalten.
4. Beseitigung der Lebensbedingungen der Erwerbslosen durch Beschaffung von notwendigen Lebensmitteln, Kohlen, Milch, sowie Licht und Gas. Schaffung einer einheitlichen Preispolitik durch die Kommunen, Streichung von rückständigen Gas- und Elektrizitätsrechnungen, sowie Zahlung von Mietbeihilfen.
5. Sofortige Wiedereinführung des Achtstundentages in der gesamten Industrie, unter Zahlung des Lohnes, den sie bis zur Einführung derselben erhielten.

Im Verfolg unseres Aufrufes vom 16. Januar berufen wir zum Freitag, dem 8. Februar, vormittags 10 Uhr, nach Halle a. d. S., „Volksplatz“, eine

Bezirks-Erwerbslosenkonzferenz

mit folgender Tagesordnung ein:

1. Die Massenerwerbslosigkeit und die Aufgaben der Erwerbslosen im Kampfe um ihre Forderungen. Referent Erich Steffen, Berlin.
 2. Die Organisierung der Erwerbslosenbewegung im Bezirk.
 3. Wahl des Bezirks-Erwerbslosenausschusses.
- Die Erwerbslosen haben überall Sorge zu tragen, daß Erwerbslosenausschüsse gewählt werden. Der Delegationsmodus ist folgender:
- Bis 100 Erwerbslose 1 Delegierter
 - Bis 300 Erwerbslose 2 Delegierte
 - Bis 500 Erwerbslose 3 Delegierte
 - Bis 1000 Erwerbslose 4 Delegierte
- Jeder weitere 1000 einen Delegierten mehr.

Die Wahl der Delegierten muß sofort erfolgen. Die Namen, sowie genauen Adressen derselben sind an den Kollegen Max Peter, Salle, Leipziger Straße 94, mitzuteilen, damit wir ihnen Mandat und Tagesordnung zuwenden können.

Seht heißt es, heran an die Arbeit, damit wir zusammen mit den im Produktionsprozeß stehenden Arbeitern den Kampf um die oben genannten Forderungen in breiter Front der Massen der Ausgewerteten und Unterfertigten gegen alle Mächte der herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung führen können und als Erwerbslose nicht abseits stehen, sondern in erster Reihe marschieren.

J. A. des provisorischen Bezirks-Erwerbslosenausschusses
Max Peter, Salle a. d. S., Leipziger Str. 94.

Bitterfeld-Wittenberg

Mittlerer Gewerkschaftsbezirk, Angehörte und Hausfrauen!

Sommer wieder müssen wir die bedauerliche Beobachtung machen, daß es den Vätern der Arbeitervereinigungen, wie „Vereinigter Arbeiterklub“, „Frat und Tat“ u. a., sowie den privatrechtlich organisierten Gewerkschaften in Stadt und Land gegen die Arbeiterklasse zu machen. Dabei muß leider festgestellt werden, daß organisierte Kollegen und besonders deren Frauen sich einem schändlichen Überdruß stellen. Zu dem kommt meistens die Tatsache hinzu, daß von den Vätern beschämend liegen, die sich oft schändlich erdreisten, mit dem Namen Volksfürsorge großen Schaden zu treiben. Zu dem gebliebenen Schaden stellt sich in den letzten Jahren noch Vermögens- und Verdienst in den Familien. Aber auch die Bekämpfung der „Volksfürsorge“ werden genannt, auf die Basis der Bekämpfung dieser Leute heranzuführen, sie werden stetig an ihrer eigenen Gewerkschaftsarbeit hängen.

Die „Volksfürsorge“
Die unterfertigten Korporationen fordern ihre Mitglieder auf, gegen die privatrechtlich organisierten Gewerkschaften ihren bösewärtigen Redensarten rundum abzuwehren, dagegen in der Familie, Kollege, bei den Verwandten, bei den Freunden, beim Einzelgänger, bei den Kollegen in der Werkstatt, im Bureau, in der Geschäftsstelle, in den Versammlungen, bei Bekannten, nach Straße und Unfallsfällen, sowie bei allen in ähnlichen Gelegenheiten Aufführung zu lassen über Zweck und Ziel der „Volksfürsorge“.

Die „Volksfürsorge“
Die Gewerkschaften und Genossenschaften zum Nutzen der Arbeiter und Angehörten davon gerufen worden. Deshalb ist die Bekämpfung der „Volksfürsorge“ und deren Angehörte in den Gewerkschaften in Betracht kommen. Die „Volksfürsorge“ führt ihre Verwahrlosungen nicht nur vor Schaden, sondern bietet ihnen dazu einen besten Vorbehalt, daß sie bei den Kontingenzes unter allen Umständen unternehmungen genannt werden können.

Die „Volksfürsorge“
Die Gewerkschaftslogen unterstützen nicht Euer Gegner, wenn Ihr Euch von den privatrechtlich organisierten Gewerkschaften einmischen sollt, sondern verweigert Euch und werbt stets als kämpfend für die „Volksfürsorge“.

Die „Volksfürsorge“
Die Gewerkschaften für den Bezirk Wittenberg, Emil Heinrich, Wittenberg, Kreis.

Der Vorstand des Ortsausschusses des OGB, Wittenberg, W. Scheufler.

Schnelle Hilfe der „Volksfürsorge“

Die schnelle Hilfe der „Volksfürsorge“
Die schnelle Hilfe der „Volksfürsorge“ ist, die jeder Arbeiter Angehörte in seinem eigenen Unternehmen, der „Volksfürsorge“, gewerkschaftlichen Beschäftigten, Angehörte, haben müßte, zeigen folgende Fälle:

Die schnelle Hilfe der „Volksfürsorge“
Die schnelle Hilfe der „Volksfürsorge“ ist, die jeder Arbeiter Angehörte in seinem eigenen Unternehmen, der „Volksfürsorge“, gewerkschaftlichen Beschäftigten, Angehörte, haben müßte, zeigen folgende Fälle:

Die schnelle Hilfe der „Volksfürsorge“
Die schnelle Hilfe der „Volksfürsorge“ ist, die jeder Arbeiter Angehörte in seinem eigenen Unternehmen, der „Volksfürsorge“, gewerkschaftlichen Beschäftigten, Angehörte, haben müßte, zeigen folgende Fälle:

Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront in Grewpin marschiert

Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront in Grewpin marschiert
Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront in Grewpin marschiert

Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront in Grewpin marschiert
Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront in Grewpin marschiert

Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront in Grewpin marschiert
Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront in Grewpin marschiert

Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront in Grewpin marschiert
Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront in Grewpin marschiert

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, 7. Februar 1929

9. Jahrgang * Nr. 32

Regierungstrife um Breuken-Konfordat

Zentrumsminister v. Guérard tritt zurück — „Erst Konfordat dann Große Koalition!“

Die SPD. zu jedem Verrat bereit

(Eig. Drahtm.) Berlin, 7. Februar.

Der gestrigen Kabinettsitzung haben die SPD-Minister vor allem die politischen und personalen Wünsche der zentralistischen und vorkommunistischen Koalitionspartner geäußert, folgender Bericht über das Ergebnis der Kabinettsitzung veröffentlicht:

1. Die Vertrauensmänner der politischen Parteien im Reichskabinett sind darüber einig, daß mit Rücksicht auf die bevorstehende Entscheidung über die endgültige Reparationsregelung eine aktionsfähige Reichsregierung und eine geschlossene Parlamentsmehrheit notwendig ist.

2. Sie sind einig darüber, daß der Anspruch des Zentrums auf drei Portefeuilles im Reichskabinett begründet ist. Die Bereitwilligkeit wurde erklärt, daß das Reichsjubiläum in diesem Zusammenhang mit einem Zentrumsabgeordneten (vorzugsweise Dr. Well) befehligt werden soll.

3. Das dritte Portefeuille (Ministerium für die besetzten Gebiete) soll mit einem Zentrumsabgeordneten besetzt werden, wenn die Umbildung des preußischen Kabinetts und die neue Reichsregierung in Preußen möglich ist. Die Ernennung soll unmittelbar nachher erfolgen.

4. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts und Ministerpräsident Dr. Brüning anerkennen, daß der Anspruch der Deutschen Volkspartei auf zwei Sitze in preussischen Kabinetts berechtigt ist und sind bereit, diese Forderung zu unterstützen. Die Verhandlungen in Preußen über die Umbildung des Kabinetts sollen weitergeführt und beschleunigt werden.

5. Die Bereitwilligkeit des Zentrumsleiters Kaas, auf die preussische Zentrumsfraktion im Sinne einer Umbildung der preussischen Regierung zu wirken, wird anerkannt und gerne angenommen.

Demnach hat die SPD, die vor allen politischen Forderungen der bürgerlichen Parteien von Brüning an kapituliert hat, nach den personalen Wünschen der Fraktionspartner jedoch überhand genommen.

Zudem hat das Zentrum in einer späteren Fraktionsitzung die Beschlüsse unter der Formulierung abgelehnt:

„Eine Gleichzeitigkeit der Umbildung der Regierung im Reich und in Preußen lehnt die Zentrumsfraktion des Reichstages im Augenblick aus zwingenden sachlichen Gründen ab.“

Darauf lehnte es Stresemann für die Volkspartei ab auf die Erfüllung der Breukenforderung zu verzichten. Kurz danach hat der Reichsjustizminister von Guérard demissioniert und seinen Austritt aus dem Kabinett erklärt.

Die Entscheidung des Zentrums wurde diffiziert, weil sie keine Umbildung der Breuken-Regierung will, ehe nicht das Breuken-Konfordat zustande gekommen ist.

Das Zentrum fordert, daß die vorkommunistischen Minister infolge der noch vorhandenen bürgerlich-liberalen Traditionen der Volkspartei dem Konfordat Schwierigkeiten bereiten soll. Das bezieht sich auf die heutige „Berliner Wochen-Courier“, der es gilt.

Am Zentrum will man, bevor die Volkspartei in Preußen die von ihr geforderten zwei Ministerien erhält, volle Klarheit

über die Konfordatsfrage haben. Man erklärt, daß man mit der Volkspartei bei Verhandlung des Schulgesetzes im Reichstag keine guten Erfahrungen gemacht hat und darum besondere Sicherheiten brauche.“

Der „Vorwärts“ heulmet über den Austritt des Zentrums und bezeichnet ihn als verantwortungslose Handlungsweise. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionsitzung, die gestern stattfand, habe Einmütigkeit darüber bestanden, daß durch den Austritt des Zentrumsleiters für das Kabinett keine Konsequenzen entstehen und daß der Reichsjustizminister und die übrigen Mitglieder des Kabinetts im Amt bleiben. Das bezieht sich nur, daß der Reichsjustizminister der Hermann-Müller-Regierung, ganz gleich, ob es wieder mit dem Zentrum zu einer Einigkeit kommen wird oder nicht, fortgesetzt werden soll. Die bürgerliche Presse unterteilt gleichfalls, daß alle Fälle die

Erwerbslose!

Entfendel zum Freitag, vormittag 10 Uhr, nach dem „Volkspari“ zu Halle aus allen Orten Delegierte zur

Bezirks-Erwerbslosen-Konferenz

Regierung nicht demissionieren und im Amt bleiben wird und begründet diese Tatsache mit Weisheit. Die Arbeiterschaft muß die schärfsten Kampfmaßnahmen zum Sturz der Müller-Regierung ergreifen.

Polizeiattaken auf Streifende

(Eig. Drahtm.) Jena, 7. Februar.

In Gera kam es gestern zu brutalen Polizeiatteken gegen die Streifenden. Tausende von Menschen, darunter alle Streifenden und Ausgesperrten, waren auf den Straßen. Drei Heberfallkommandos der Polizei waren in Tätigkeit. 50 Verhaftungen wurden vorgenommen. Einige der Verhafteten wurden bis zur Verwundbarkeit geschlagen, darunter ein Mitglied der WJ. Eine Frau wurde, nachdem sie schon bemußigt auf der Straße lag, noch verprügelt. Stundentlang wogten die Massen auf den Straßen hin und her, ohne von den Polizeiatteken zu weichen.

Leipziger Straßenbahner gegen Schiedspruch

(Eig. Drahtm.) Leipzig, 7. Februar.

Gestern stimmte das streikende Werkstättenpersonal der Straßenbahn über den Schiedsgerichtsbescheid ab. Von 1200 im Streik liegenden Arbeitern beteiligten sich 948 an der Abstimmung. 827 haben für Ablehnung und 121 für Annahme gestimmt. Der Schiedsbescheid ist somit von den Arbeitern abgelehnt und es ist wahrscheinlich, daß sie auch den Kampf gegen eine eventuelle erfolgreiche Verbindlichkeitsklärung aufnehmen werden.

Ausperrung in der Niederlausitz

(Eig. Drahtm.) Cottbus, 7. Februar.

Wir berichteten schon, daß am Montag in allen Betrieben der Niederlausitzer Webwarenindustrie sämtliche Arbeiter gefeuert wurden. Am 12. Februar soll die Ausperrung in Kraft treten. Auch die dem Arbeitgeberverband nicht angeschlossenen Firmen haben die Kündigung ausgesprochen. Am

Dienstag ist ein weiterer Betrieb, die Tuchfabrik Jäger, dem Beispiel der Kollegen von der Firma Samson gefolgt. Die Belegschaft der Jägerischen Fabrik verließ den Betrieb gleichfalls nach acht Stunden.

Triemenschwamm und Monats-Ausrüstung

Am 6. Februar, des Kellogg-Pattes des kommunistischen Besatzungspostens, das deutlich zu sehen



Wahl

Am 6. Februar, des Republikanischen drittenmal, daß der in der österreichischen Wahlen zu 1 Monat Betreten des Ge-

offiziellen Partei imperialismus um die führenden vertritt De Valera von den beiden Richtungen in der irischen Republikanismus Partei die radikale Richtung, weshalb er von der österreichischen mit besonderem Eifer verfolgt wird. De Valera grenzte sich, da er völlig in bürgerlichen Vorstellungen befangen ist, von dem revolutionären Kampf der irischen Kommunisten wiederholt ab, die in Verbindung mit den breiten werktätigen Schichten den einzig erfolgversprechenden Weg zum Kampf gegen den englischen Imperialismus und zur Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Massen gezeigt haben.

Generalstreit in Bombay

(Eig. Meldung.) Bombay, 6. Februar.

Der Generalstreit in Bombay wird von der gesamten Arbeiterschaft mit einer glänzenden Solidarität und großem Kampfesmut durchgeführt. Die Situation hat sich wesentlich verbessert, nachdem neben der Polizei Militäreinheiten in die Kampfzone eingegriffen. Bis jetzt wird berichtet, daß 22 Personen getötet und ca. 140 verletzt sind. Die Massen greifen das Polizeivorgehen an und fordern es in Brand. Auch in Colombo haben die Hafen-, Docks- und Verkehrsarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Polizei und Militär unter Führung der indisch-englischen Regierung erheben in den Kämpfen zwischen den Hindus und den Moslems in neutraler Weise. Das ist keineswegs der Fall. Die englische Bourgeoisie hat es in Indien bisher meistens verstanden, die religiösen Gegensätze zu verschärfen und zu Kämpfen der weltfremden Massen untereinander auszuhebeln, um ihre eigenen Positionen zu festigen. Demgegenüber kämpfen die indischen Kommunisten dafür, daß eine einheitliche Front gegen den englischen Imperialismus und die indische Bourgeoisie aufgestellt wird und zu diesem Zweck die religiösen Gegensätze durch eine großartige

Auffklärungsarbeit überwunden werden. Diese Bestrebungen der indischen Kommunisten verfolgt die englische Regierung mit unerbittlicher Strenge, und sie hat erst jetzt ein besonderes Dekret zur neuerlichen Unterdrückung der indischen revolutionären Bewegung erlassen, weil sie genau weiß, daß die einheitliche Kampffront die imperialistische Herrschaft tief erschüttert.

Berühmte Klassenkämpfe in England

(W.E.B.) London, 6. Februar.

In der Grafschaft Monmouth nahmen heute 700 arbeitslose Bergarbeiter eine drohende Haltung gegen eine Anzahl von nichtorganisierten (?) Arbeitern an, die auf der Grube Mine Mithelton beschäftigt werden. Die Polizei mußte (?) zuweilen mit ihren Knüppeln gegen die Menge vorgehen, ehe es gelang sie zu zerstreuen. Mehrere Personen wurden leicht verletzt.

Diese bürgerliche Meldung, die offensichtlich die Tatsachen auf den Kopf stellt, zeigt immerhin, daß die Klassenkämpfe in England sich häufig zu blutigen und der Staatsapparat immer brutaler gegen die werktätigen Massen vorgeht.

Englische Fabrikanten fahren nach Moskau

(Eig. Meldung.) London, 6. Februar.

Die englischen Fabrikanten haben beschlossen, eine Delegation von britischen Industriellen nach Rußland zu entsenden, um den Handel zwischen England und Rußland auszubauen. Die Delegation soll am 8. März nach Moskau abreisen.

Die schwierige Lage der britischen Industrie und die wachsende Arbeitslosenarmee zwingt die Industriellen, trotz der sich verheerenden Gegensätze zwischen England und Rußland selbst Handelsverträge mit dem ersten Arbeiter- und Bauernland der Welt zu schließen.